

Mali vor den Präsidentschaftswahlen 2012

DAS ENDE DER KONSENSPOLITIK UNTER ATT ?

Acht Monate vor den Präsidentschaftswahlen im April 2012 in Mali läuft der Wahlkampf bereits auf Hochtouren. Der Ausgang der Wahlen ist nach Experten offener denn je. Präsident Amadou Toumani Touré (ATT) hatte bereits früh angekündigt, nicht „der afrikanischen Krankheit zu verfallen“ und seine Amtszeit über die verfassungsmäßigen zwei Mandate verlängern zu wollen.

Bereits vor dem Ende der Präsidentschaft ATTs zeichnet sich ein Ende seiner Politik des Konsenses ab, die ATT seit 2002 geprägt hat. Zwar hat das Parlament nahezu einstimmig der seit langem geplanten Verfassungsänderung zugestimmt, doch es heben sich bereits kritische Stimmen. Kern der politischen Auseinandersetzung ist derzeit das von vielen als unzureichend eingeschätzte Wählerverzeichnis, sowie die Sitzverteilung in der Wahlkommission, der CE-NI. Wer wird das Erbe ATTs antreten? Kandidaten gibt es viele, doch sind die politischen Gegensätze und Programme als Folge der Konsenspolitik ATTs überaus schwach ausgeprägt.

Das Erbe von ATT

Nach zehn Jahren an der Spitze des Staates neigt sich die Amtszeit von Amadou Toumani Touré (ATT) dem Ende. Seine Präsidentschaft ist in vielerlei Hinsicht atypisch. ATT, der nach dem Putsch gegen Moussa Traoré im Jahr 1991 als Interimspräsident die demokratische Transformation Malis einleitete, übernimmt im Jahr 2002 das Präsidentschaftsamt von Alpha Oumar Konaré. Seine Politik des

Konsenses drückt sich in seiner Parteilosigkeit sowie im konstanten Einbezug fast aller im Parlament vertretenen Parteien in die Regierungsarbeit aus.

Die Bilanz der zehnjährigen Präsidentschaft unter ATT ist in der Gesamtheit gesehen positiv. ATT hat es nicht nur geschafft, das Land auch in Zeiten von Finanzkrisen wirtschaftlich voran zu bringen, sondern auch maßgebliche Infrastrukturprogramme und soziale und politische Reformen realisiert. Wirtschaftlich gesehen stieg das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zwischen 2000 und 2010 von 882 auf 1207 US Dollar (PPP 2008). Die Lebenserwartung stieg von 45,6 Jahren im Jahr 2000 auf 49,2 Jahre im Jahr 2010, während die Zahl der eingeschulten Kinder zwischen 2000 und 2007 von 32,7 Prozent auf 46,9 Prozent gestiegen ist.¹ Mit dem Rücktritt von Premier Minister Modibo Sidibé ernannte ATT im April 2011 mit Cissé Mariam Kaïdama Sidibé zum ersten Mal eine Frau an die Spitze der Regierung. Trotz dieser positiven Entwicklungen, bleibt Mali aber eines der ärmsten Länder der Welt und rangiert im Human Development Index der Vereinten Nationen im Jahr 2010 immer noch auf Platz 160 von 169 Ländern.

Beachtlich ist, dass ATT die wirtschaftliche Situation Malis trotz der internationalen Wirtschaftskrise, des Einbruchs des Baumwollpreises und der Krise in der Côte

¹ Statistiken des Human Development Indexes der UNDP, <http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/MLI.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

MARIA ZANDT

30. August 2011

www.kas.de/westafrika

d'Ivoire, durch deren Hafen rund 80 Prozent des Außenhandels Malis abgewickelt wurden, verbesserte. Maßgeblich dazu beigetragen haben die Infrastrukturprojekte, durch die Bamako mittlerweile mit den vier großen Häfen der Region, Dakar (Senegal), Lomé (Togo), Cotonou (Benin) und Abidjan (Côte d'Ivoire) durch asphaltierte Straßen verbunden ist.

Trotz dieser positiven Entwicklungen hat sich die Sicherheitslage, besonders im Norden des Landes, seit der Tuareg-Rebellion im Jahr 2006 und den verstärkten Übergriffen von Al-Quaida Maghreb zunehmend verschlechtert und ist mit großen Einbußen im Tourismussektor verbunden. ATT zog bei der Lösung des Konflikts mit den Tuareg durch die Vermittlung Algeriens stets den Dialog vor. Dem zunehmenden Terrorismus im Sahelgebiet will er im Zeitraum von 2010 bis 2011 mit Investitionen in Infrastruktur und Einkommens-schaffende Maßnahmen in Höhe von rund 49 Millionen Euro begegnen. Darüber hinaus ist der Einfluss der religiösen, hauptsächlich muslimischen, Oberhäupter in Mali groß. So scheiterte das Gesetz zur Familie und Besserstellung der Frau am Widerstand konservativer islamischer Kräfte des Landes.

Politisch gesehen hat ATTs Konsenspolitik aber die Ausprägung eines pluralistischen Mehrparteiensystems gehindert. Von den über 120 registrierten Parteien sind 15 im Parlament vertreten. Nach dem Eintritt des RPM (*Rassemblement pour le Mali*) und der PARENA (*Parti pour la Renaissance Nationale*) in die Regierung, ist die Opposition auf die vier (von 147) Abgeordneten der Partei Sadi (*Solidarité africaine pour la Démocratie et l'Indépendance*) zusammengeschrumpft. Das Fehlen einer repräsentativen Opposition wird von Beobachtern im Land als überaus gefährlich für die Demokratie und Fortschritte im Bereich gute Regierungsführung eingestuft. Im Hinblick auf die Wahlen werden die Parteien Schwierigkeiten haben, sich programmatisch voneinander zu unterscheiden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Politik des Konsenses mit der Wahl eines Parteipolitikers an die Spitze des Landes ein Ende nehmen wird. Bereits im Vorfeld der Wahlen polarisiert sich die politi-

sche Stimmung in Mali zusehends, wie die Auseinandersetzungen um die Wählerliste und die Besetzung der Wahlkommission zeigen.

Parlament stimmt Verfassungsänderung mit großer Mehrheit zu

Das letzte große Projekt der Präsidentschaft ATT war eine weitreichende Verfassungsänderung, die aber, anders als in anderen afrikanischen Staaten, nicht die in Artikel 30 festgelegte Beschränkung des Mandats des Präsidenten auf zwei Legislaturperioden betraf. Am 2. Juli 2011 stimmte die Assemblée Nationale der seit langem geplanten Verfassungsänderung mit nur drei Gegenstimmen zu. Die Reform der Verfassung von 1992 war bereits seit Februar 2008 von einer Expertengruppe vorbereitet, und am 19. April 2010 der Bevölkerung und den Institutionen präsentiert worden. Die Reform sieht weitreichende Änderungen des institutionellen Gefüges vor. Unter anderem soll die Neugründung eines Senats den Hohen Rat der Gebietskörperschaften ersetzen und eine bessere Repräsentation der Gebietskörperschaften garantieren. Darüber hinaus wird es künftig einen unabhängigen Medienrat geben.

Trotz der überwältigenden Mehrheit bei der Abstimmung in der Assemblée Nationale gibt es auch kritische Stimmen bezüglich der Verfassungsreform. Einige Abgeordnete kritisierten, dass die Verfassungsdebatte von der Organisation der Wahlen ablenke und es derzeit andere Prioritäten, besonders die Frage des Wählerverzeichnisses gebe. Der neue Senat wird von vielen mit gemischten Gefühlen gesehen, birgt er doch die Gefahr von vermehrten Blockaden im Gesetzgebungsprozess. Letztendlich stimmten aber allein die drei Abgeordneten der Oppositionspartei Sadi um den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Oumar Mariko gegen den Gesetzesvorschlag. Sie kritisierten, dass die neue Verfassung die Macht des Präsidenten erheblich ausbaue und damit der Demokratie schade.

Die Verfassungsreform sieht vor, dass der Präsident der Republik den Präsidenten des Verfassungsgerichts ernennt, der bislang

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

MARIA ZANDT

30. August 2011

www.kas.de/westafrika

von seinen Mitgliedern gewählt wird. Darüber hinaus bestimmt und leitet nunmehr der Präsident die nationale Politik, was vorher Aufgabe des Premier Ministers war. Dazu kommt, dass der Präsident den Premier Minister unabhängig von dessen Rücktrittsgesuch entlassen darf. Diese Änderungen sind nicht auf institutionelle Schwierigkeiten in der Vergangenheit zurück zu führen, die ursprünglich als Begründung für die Verfassungsreform dienten. Durch die große Regierungsmehrheit im Parlament kam es dort zu keiner grundlegenden Debatte zu dieser Frage. Im afrikanischen Kontext, wo Verfassungsänderungen oftmals zur Verlängerung des präsidentialen Mandats genutzt werden, fällt vor allem positiv auf, dass ATT dieser Versuchung nicht verfallen ist, und sein Mandat verfassungsgemäß nach zwei Amtsperioden niederlegen wird.

Um wirksam zu werden, muss das Volk der Verfassungsänderung nun noch per Referendum zustimmen. Dies wird ein erster Stimmungsmesser für die Präsidentschaftswahlen sein. Teile der Zivilgesellschaft, wie die Organisation „SOS Démocratie“ mobilisieren sich bereits, um die Verfassungsreform zu stoppen.

Streit um die Wählerliste

Die Erfahrungen anderer Länder der Region, besonders die Präsidentschaftswahlen in Benin, zeigen, dass unzureichende Wählerlisten oftmals Ausgangspunkt für untransparente Wahlen und umstrittene Wahlergebnisse sind. Auch Mali entgeht diesem Risiko nicht. Weniger als ein Jahr vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2012 hat Mali immer noch keine vollständige und transparente Wählerliste. Die Wählerliste der vergangenen Jahre (*Recensement administratif à caractère électoral* (Race)) ist veraltet und müsste umfassend aktualisiert werden. Eine neue biometrische Wählerliste, die auf der letzten Volkszählung (*Recensement administratif à vocation d'état civil* (Ravec)) beruht und bereits seit einem Jahr erarbeitet wird, ist noch lange nicht abgeschlossen und wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht bis Anfang 2012 zur Verfügung stehen. Eine vom Minister der öffentlichen Verwaltung und der Gebietskörperschaften

eingesetzte Expertenkommission sprach sich Ende Juni 2011 für die Wählerliste *Race* aus – mit der Auflage, diese umfassend zu aktualisieren. Diese Entscheidung trug zur weiteren Polarisierung der politischen Debatte um die Wählerliste bei. In einer öffentlichen Stellungnahme sprachen sich 32 politische Parteien für die Nutzung einer biometrischen Wählerliste aus, um die Transparenz der Wahlen sicher zu stellen. Darüber hinaus forderten die Parteien eine bessere Einbeziehung in die Wahlvorbereitungen. Die endgültige Entscheidung wird nun von der Regierung erwartet. Die Wahlbeteiligung in Mali ist traditionell mit rund 20 Prozent sehr niedrig. Ein wichtiger Faktor dabei spielt die hohe Analphabetenrate von über 75 Prozent und das System der Registrierung und der Verteilung der Wählerkarten. Eine entsprechende Reform könnte ein wichtiger Schritt zu einer höheren Wahlbeteiligung sein.

Die Besetzung der CENI ist umstritten

Ebenso umstritten wie die Wählerliste ist auch die Besetzung der unabhängigen Wahlkommission (CENI), die mit der Organisation der Wahlen beauftragt ist. Auslöser für die Streitigkeiten zwischen Regierung und Opposition ist die unklare Gesetzeslage. So hieß es vor der Gesetzesänderung im Jahr 2006, die zehn Sitze seien gleichermaßen (*repartition égale*) auf Mehrheit und Opposition zu verteilen, was jeweils fünf Sitze für beide Lager bedeutete. In dem neuen Gesetz ist nunmehr von einer ausgeglichenen Sitzverteilung die Rede (*repartition équitable*). Fünf weitere Sitze sind für die Zivilgesellschaft reserviert. Während man sich bei den Kommunalwahlen 2009 auf eine Sitzverteilung geeinigt hatte, bei der die Mehrheit sieben und die Opposition drei Sitze inne hatte, beansprucht die Opposition nunmehr mindestens fünf Sitze. Die Mehrheit argumentiert derweil, dass die verbliebenen vier Abgeordneten der Opposition nicht fünf Sitze beanspruchen können. Oppositionsführer Oumar Mariko der Partei Sadi sieht allerdings die Freiheit der Wahlen in Gefahr, sollte die Mehrheit die CENI dominieren. Er führt die über 100 außerparlamentarischen Oppositionsparteien an, welche mindestens fünf Sitze in der CENI recht-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

MARIA ZANDT

30. August 2011

www.kas.de/westafrika

fertigten. Die Opposition droht bereits, das oberste Verwaltungsgericht anzurufen. Die Situation scheint bislang aussichtslos und birgt das Risiko, dass die Opposition die Unabhängigkeit der Wahlen in Frage stellen wird.

Die möglichen Thronfolger

Der Wahlkampf um den Präsidentschafts-posten hat auch auf personeller Ebene bereits begonnen. Mehrere Schwergewichte der politischen Landschaft Malis haben ihre Kandidatur angekündigt.

Mit Spannung wurden besonders die Vorwahlen innerhalb der mit 54 Sitzen im Parlament vertretenen Regierungspartei ADEMA (*Alliance pour la démocratie au Mali*) erwartet. Die Nationalkonferenz am 30. Juli 2011 designierte letztlich einstimmig Dioncounda Traoré als ihren Präsidentschaftskandidaten. Im Vorfeld der Entscheidung hatten sich seine Gegenkandidaten, unter anderem der Präsident der ADEMA, Issa Coulibaly, und die drei ehemaligen Minister Ibrahima Ndiaye, Sékou Diakité et Marimata Diarra aus dem Wahlkampf zurückgezogen. Der 69 Jahre alte Mathematiker Traoré ist seit 2007 Präsident der Assemblée Nationale und hat vorher verschiedene Ministerposten inne gehabt. Abzuwarten bleibt, ob ATT die ADEMA unterstützen wird, denn Gerüchten nach hat er die Kandidatur Traorés unterstützt.

Neben diesem wird auch Soumaila Cissé als Favorit für die Präsidentschaftswahlen gehandelt. Der Technokrat unter den Kandidaten war bis Mai 2011 Kommissionspräsident der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA). Das ehemalige Parteimitglied der ADEMA hat 2003 die URD (*Union pour la République et la Démocratie*) gegründet, die sich mit 34 Abgeordneten zur zweitstärksten Partei im Parlament entwickelt hat. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002 war er ATT mit 35 Prozent der Stimmen in der zweiten Wahlrunde unterlegen.

Zu erwarten war ebenfalls die Kandidatur von Ibrahim Boubacar Keita für die Partei RPM (*Rassemblement pour le Mali*). Keita

war bereits in den Jahren 2002 und 2007 Präsidentschaftskandidat, und ist trotz seiner nur mit 11 Sitzen in der Assemblée Nationale vertretenen Partei bei den Maliern sehr beliebt.

Alle Chancen, der Hoffnungsträger des PDES (*Parti pour le développement économique et la solidarité*) zu werden, hat Hammed Sow. Als enger Berater ATTs und Autor seines Wahlprogramms im Wahlkampf 2007 ist Sow Ehrenpräsident der ATT nahestehenden und im Juli 2010 neu gegründeten Partei. Nach dem Verzicht des Parteivorsitzenden, Ahmed Diané Séméga, spricht vieles für die Kandidatur des gut ausgebildeten Akademikers, der nach 30 Jahren Karriere auf der internationalen Bühne in die nationale Politik zurückgekehrt ist.

Abzuwarten bleibt, ob der im April zurückgetretene ehemalige Premier Minister, Modibo Sidibé, zur Wahl antreten wird. Eine Vielzahl von Verbänden und besonders Jugendbewegungen fordern lautstark die Kandidatur des mehrfachen Ministers und Premierministers von 2007-2011.

Ausblick – Eine zu erwartende Polarisierung der Parteienlandschaft

Der Ausgang der Wahlen ist damit offen. Abzuwarten bleibt, ob ATT einen der Kandidaten offen unterstützen wird. Dies könnte ausschlaggebend sein, denn die Malier sind im Allgemeinen überaus zufrieden mit seiner zehnjährigen Präsidentschaft. Mit einem Parteipolitiker an der Spitze des Landes wird auch ATTs Konsenspolitik ein Ende nehmen. Dies könnte eine Chance für die Demokratie in Mali sein, denn die Einbeziehung nahezu aller im Parlament vertretenen Parteien hat die Kontrollfunktion des Parlaments erheblich geschwächt. Bleibt zu hoffen, dass die Organisation der Wahlen, besonders die Verwendung der Wählerliste und die unabhängige Arbeit der Wahlkommission, dem Ansehen Malis als einer der Vorzeigedemokratien der Region Ehre machen wird.